

SED wurde in Prag überspielt

Die Hintergründe des kleinen Ostblockpaktes — Ein schlechter Handel

Am Silvesterabend 1954 wurden in Prag Besprechungen abgeschlossen, über eine politisch-militärisch-wirtschaftliche Koordinierung Polens, der Tschechoslowakei und der Sowjetzone. Es handelte sich im wesentlichen um die Durchführung von Beschlüssen der Moskauer Konferenz der Ostblockstaaten. Die Prager Abmachungen, von der SED enthusiastisch als eine Art „Freundschaftspakt“ gepriesen, sind somit nichts anderes als ein „Kleiner Ostblockpakt“. In ihm ist der SED nur eine untergeordnete Rolle zugeordnet. Während Zonenregierung und SED unter nochmalige gesonderte politische Bevormundung geraten, nehmen die kommunistischen Nachbarländer weitgehend Besitz von den wirtschaftlichen und militärischen Möglichkeiten, die die SED vielmehr für sich selbst zu nutzen dachte.

Die Folgen von Prag zeichnen sich bereits zehn Tage nach der Beschlußfassung ab: In Warschau wird über den militärischen Oberbefehl verhandelt, der die Dreistaaten-Armeen künftig lenken soll. Außer Frage steht dabei, daß Polen und die CSR den Generalstab stellen, dem Leute wie Paulus und Vincenz Müller nur beratend angehören dürfen.

Oberbefehlshaber scheint unumstritten der von den Sowjets in Polen eingesetzte Marschall Rokossowski zu werden. Luftwaffe und Panzertruppen werden weitgehend von Polen und Tschechen gestellt.

KVP-Infanterie

Angehörige der Kasernierten Volkspolizei, deren Kasernen jetzt durch polnische und tschechische Kommissionen inspektiert werden, berichten, daß sich die „Verbündeten“ nur für Infanterie und Artillerie interessieren. Polen hat auch abgelehnt, die von der KVP vorgeplanten 3000 künftigen Piloten auszubilden.

In Eggesin, beim Stab der Heeresgruppe Nord, halten sich seit dem 3. Januar etwa 40 polnische Infanterie- und 15 bis 20 tschechische Artillerie-Offiziere

auf. Sie besuchen überraschend KVP-Einheiten bei Übungen im Gelände und schalten sich oft einfach in den Ausbildungsunterricht ein.

„Verbrüderung“

Vor wenigen Tagen reisten 200 FDJ-Funktionäre in den nordböhmischen Kreis Usti, um auf Kundgebungen mit dem tschechischen Jugendverband CSM die jungkommunistische Verbrüderung zu manifestieren. Parallelkundgebungen in Warschau und Prag hatten das Ziel, die militärische Koordinierung zu erleichtern. Die sowjetzonalen Rekruten sollen nichts Absonderliches dabei finden, wenn sie neben KVP- und Sowjetausbildern künftig vielleicht auch polnischen und tschechischen Ausbildern begegnen.

In die gleiche Kerbe schlägt der Plan, den der FDJ-Zentralrat auf seiner für Mai erwarteten Haupttagung einbringen will. Zahlreiche FDJler sollen noch 1955 zum Arbeitsdienst nach Polen. Die FDJ glaubt damit ein gutes Druckmittel gegen jene in die Hand zu bekommen, die sich der Rekrutierung zu entziehen suchen. Polen aber braucht dringend Arbeitskräfte für Straßen- und Industriebauten.

Die tschechischen Delegationen, von denen sich zur Zeit allein vier in Ostberlin aufhalten, zeigen sich erst in zweiter Linie militärisch interessiert. Ihr Hauptanliegen ist die Industrialisierung. Die Tschechoslowakei hat wenig Lust, die Hauptlast der sowjetzonalen Aufrüstung zu tragen, zu der sie als besonders weitgehend industrialisiertes Land unter den kleineren Ostblockstaaten verurteilt ist. Überall, wo tschechische Inspektoren auftauchen, zeigten sie für die schüchternen Bestrebungen zu einer Massenbedarfsproduktion nur geringes Interesse. Hüttenwerke, Walzenstraßen, Elektrizitätswerke fordern sie. Ihnen zuliebe muß die SED im kommenden Herbst ein völlig unrentables Kraftwerk an der tschechischen Grenze in Angriff nehmen, nur um den von der CSR als Gegenleistung geforderten Stromlieferungen entsprechen zu können.

Politisch ist der Pakt von geringer Bedeutung. Die zentrale Lenkung erfolgt ohnehin in jeder Weise durch das sowjetische Zentralkomitee, daß den Politbüros der polnischen, tschechischen und der deutschen KP gleiche Weisungen erteilt. Nur daß die Sowjets in diesem Falle die SED zugunsten Polens und der CSR eindeutig benachteiligen. Und wenn die SED in nächster Zeit eine Reihe sowjetzonal-polnisch-tschechischer Abkommen ratifizieren und bekanntgeben wird, darf man gewiß sein, daß mit jedem Abkommen ein erheblicher politischer Verlust für die SED und ein materieller Verlust für die Sowjetzone verbunden ist.

Sinn einer Botschaft

DT. Weil die sowjetische Gefahr andauert, ist der weitere Ausbau des Verteidigungssystems notwendig, aber gleichzeitig muß die Zeit des Friedens zur Stabilisierung dieses Friedens genutzt werden — vertheidigungsbereit sein und verhandlungsbereit sein! Das ist die Quintessenz der „Botschaft über die Lage der Union“, die Präsident Eisenhower jetzt dem 84. amerikanischen Kongreß übermittelte.

Die „State of the Union message“ sieht die Lage der amerikanischen Nation in großen Zügen, sie ist deshalb weitgehend außenpolitisch und betrifft infolgedessen direkt alle Länder außerhalb des amerikanischen Kontinents in West und Ost.

Sittliches Prinzip

Wer die 10 140 Worte der Botschaft aufmerksam liest, spürt sehr deutlich, daß es sich hier um mehr handelt als um eine bloße Routineangelegenheit. Hier hat der konstruktive Geist eines Präsidenten ein Grundgesetzsystem ausgebaut, das sowohl den aktuellen Geschehnissen entspricht als auch der traditionellen Einstellung der amerikanischen Politik seit Washington zu dem „Menschen“ überhaupt. Eisenhower, der gerade in letzter Zeit in Bedeutung, Ansehen und echter Popularität gewachsen ist, reiht sich ein in die ansehnliche Zahl der verehrungswürdigen Gestalten unter seinen Vorgängern, wenn er betont, es gehe im Grunde nicht nur um Wirtschaftstheorien, Regierungsformen oder militärische Stärke, sondern um die wahre Bestimmung des Menschen.

Eisenhower sagte: „Entweder ist der Mensch ein Geschöpf Gottes oder der Mensch ist ein seelenloses, bewegtes, zu sklavenartiges Maschinenwesen, das zur Verherrlichung des Staates benutzt und verschlissen wird.“

Solche tief berührenden Worte sind im Munde eines Tagespolitikers keine Alltäglichkeit. Das verantwortliche Sich-Bekennen zu einem sittlichen Prinzip ist aber auf keinem anderen Gebiet notwendiger als auf dem der Politik. 7

Die Botschaft Eisenhowers ist indirekt an die Sowjetunion gerichtet. Ohne den Sowjets das Gesetz des Handelns zu übergeben, bietet ihnen Eisenhower jede Möglichkeit zu einer eigenen Initiative im Sinne tatsächlicher Entspannung. Wer geglaubt hatte, Eisenhower habe sich seit einigen Wochen und Monaten der sowjetischen Auslegung des Begriffs „Ko-Existenz“ angeschlossen (Eisenhower vermeidet offensichtlich bewußt diesen bereits „gängigen“ Ausdruck in der politischen Alltagssprache!), der muß jetzt seinen Irrtum feststellen.

So wird es manchen überraschen, daß Eisenhower keineswegs „weicher“ gegenüber den Russen geworden ist. Aber er hofft auf Fortbestand des Friedens und will sich einer aussichtsreichen Kontaktnahme mit Moskau um des Friedens willen nicht verschließen.

Die Sowjets müßten diese

Chance wahrnehmen, wenn sie tatsächlich eine gerechte Dauerhaftigkeit des Friedens beabsichtigen. Die Atmosphäre der Entspannung ist also durch die Eisenhower-Botschaft dichter geworden. Jetzt, da überall in der Welt der „heiße Krieg“ gelöscht ist, will Amerika durch Ausbau der Verteidigungssysteme seine Energie darauf konzentrieren, eine Wiederholung weitgehend unmöglich, weil für die Kommunisten aussichtslos, zu machen.

Von hier bis zur Verminderung und schließlichen Beseitigung auch des „kalten Krieges“ ist es ein durch gemeinsame realistische Rüstungsbeschränkung, östliche Aggressionsverzicht und freiheitliche Lösung des Deutschlandproblems zwar vorgezeichneter Weg, aber auch ein weiter, endlos scheinender Weg, wenn die Sowjets auf ihm nicht entgegenkommen.

Siehe auch Seite 5

Konrad Adenauer

DT. Es ist bald ein Jahrzehnt verlossen, daß Konrad Adenauer, der heute 79jährige, nach der Schweigzeit des Dritten Reiches wieder im öffentlichen Leben steht. Er fing damals mit der gleichen Aufgabe wieder an, aus der er unter Hitler entlassen wurde: als bereits berühmter Oberbürgermeister seiner Heimatstadt Köln.

Aber dann kamen die größeren Aufgaben, die ihm das Schicksal zugewiesen hat: der Parlamentarische Rat zur Schaffung des Grundgesetzes, und mit dem Grundgesetz die Bundesrepublik, der provisorische deutsche Staat, dessen politische Führung seit seinem Beginn vor mehr als fünf Jahren in den Händen des Bundeskanzlers Konrad Adenauer liegt. Das sind die Jahre, in denen Deutschland sich verwandelte, nachdem zuvor das Geld wieder seinen Wert und die Arbeit wieder ihren wirtschaftlichen Sinn zurückgewonnen hatten. Adenauer hat es verstanden, für Deutschland in der Welt wieder Vertrauen zu wecken und zu werben. Die Position, die heute die Bundesrepublik in der internationalen Politik und Wirtschaft einnimmt und um die auch Berlin sich wohl verdient gemacht hat, wurde in erster Linie durch die Politik des Bundeskanzlers gewonnen.

Was als die Leistung einer mehr als fünfjährigen Staatsführung vor uns steht, ist das Werk einer sehr eigenwilligen, sehr geprägten und sehr selbstbewußten Persönlichkeit. Dieses Selbstbewußtsein indessen äußert sich mehr im persönlichen Drang zum Handeln und Gestalten als in der äußeren Haltung, die eher rheinische Ungezwungenheit verrät. So geartet, bestimmt Konrad Adenauer wirklich die Richtlinien der Politik, wie es sein verfassungsmäßiges Recht ist. Diese Verfassungsbestimmung war seit den Zeiten Bismarcks bei keinem Reichskanzler so wenig eine Phrase wie bei ihm. In dem stark Persönlichen seines Charakters, seiner Leistung und seiner Entscheidungen, das vielleicht der pädagogischen Kunst entbehrt, andere in die Aufgabe des Regierungschefs einzuführen, liegt indessen auch eine Sorge, die manche für den Tag erwägen, an dem Konrad Adenauer aus der aktiven Politik ausscheidet. Doch daran denkt der 79jährige noch nicht: Er steht mitten im Werk, um es selbst zu vollenden. Wir haben für ihn keinen besseren Wunsch, als daß es ihm in der Einheit und Freiheit Deutschlands gelingen möge.

Siehe auch Seite 4

Adenauer kommt

Bonn (Eigenmeldung). Bundeskanzler Dr. Adenauer hat dem künftigen Regierenden Bürgermeister Professor Suhr zugesagt, Ende Februar oder Anfang März mit den zuständigen Mitgliedern des Kabinetts zu Besprechungen mit dem Senat nach Berlin zu kommen.

Adenauer wies darauf hin, daß nach Inkraftsetzen der Pariser Verträge in Westdeutschland mit Vollbeschäftigung zu rechnen sei, und dann die Bundesrepublik weitgehende Möglichkeiten habe, die Aufträge für Berlin zu verstärken. Es könne dann auch in Berlin mit einer wirksamen Erhöhung der Beschäftigtenzahl gerechnet werden.

Gute Fahrt für MS „Berlin“

Feierliche Schiffstaufe in Bremen

Bremen (Eigenbericht). Mit einem herzlichen Bekenntnis zur Einheit Deutschlands und zur Verbundenheit zwischen Bremen und Berlin wurde in Bremen das 20 000 - BRT - Motorschiff „Gripsholm“ des Norddeutschen Lloyd in MS „Berlin“ umgetauft. Unter diesem Namen trat es einen Tag später zum erstenmal die Fahrt nach New York an. An dem festlichen Akt nahmen zahlreiche Gäste aus Berlin und Bremen teil.

Die MS „Berlin“ ist gegenwärtig das größte deutsche Passagierschiff. Direktor Kuhlenkamp vom Norddeutschen Lloyd erklärte, der Name „Berlin“ sei als ein Symbol der Zusammen-

Vertrauen auf westliche Stärke

Jakob Kaiser zur Wiederbewaffnung

Berlin (Eigenmeldung). Bundesminister Kaiser hat in einer Rundfunksprache jede Ko-Existenz auf der Grundlage einer Teilung Deutschlands abgelehnt. Er sagte, das deutsche Volk könne sich nur mit Lösungen abfinden, die seine Wiedervereinigung einschließen. Bei den 18 Mill. Deutschen in der Sowjetzone werde alle Politik in der Bundesrepublik und in der freien Welt daran gemessen, ob die Wiedervereinigung gefördert werde.

„Auf der gegenwärtigen Spaltung Deutschlands eine Entspannung in Europa zu suchen, hieße deshalb das Vertrauen der 18 Millionen aufs Spiel setzen und 70 Millionen Deutsche insgesamt zur Ruhe- und Rastlosigkeit verurteilen. Es ist Aufgabe einer entschlossenen Wiedervereinigungspolitik, das der Welt in jedem Gespräch —

insbesondere im augenblicklichen Stadium der Politik — klarzumachen. Das deutsche Volk kann sich nur mit Lösungen abfinden, die seine Wiedervereinigung einschließen.“ Überall müsse die Wiedervereinigung als entscheidender Faktor einer echten Entspannungspolitik gesehen werden.

Zur Frage der Wiederbewaffnung sagte Jakob Kaiser, gerade die Bevölkerung der Sowjetzone habe keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie in ihrer großen Mehrheit die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik zur Selbstsicherung und zur Verteidigung der Freiheit bejaht.

„Die Stimme Deutschlands wird stärker ins Gewicht fallen, wenn sich unser Land für seine Sicherheit nicht mehr nur auf andere Mächte stützen muß. Darauf vertraut auch die Zone.

Dabei ist ihr klar, daß Wiederbewaffnung der Bundesrepublik noch nicht die Wiedervereinigung Deutschlands bedeutet. Es gibt sogar manche ernste Überlegung diesseits und jenseits der Zonengrenze, die in der Wiederbewaffnung ein Hemmnis für die Wiedervereinigung zu sehen glaubt. Dem steht aber schon die Tatsache gegenüber, daß selbst die Sowjetunion im März 1952 die Schaffung deutscher Streitkräfte vorgeschlagen hat. Es kommt also offensichtlich nicht so sehr auf das Faktum deutscher Streitkräfte an als auf die Politik der Wiedervereinigung selbst. Auf eine Politik, die nicht mehr von der totalen Wehrlosigkeit unseres Volkes ausgeht, sondern von einem Deutschland, das wenigstens ein Mindestmaß von eigener Sicherheit besitzt. Deshalb kann auf die Dauer auch der Einwand nicht stichhaltig wirken, daß ein solches Mindestmaß von Sicherheit, um die es geht, der deutschen Wiedervereinigung im Wege stehen solle.“

gehörigkeit der beiden Teile Deutschlands gewählt worden.

Unter dem Namen „Gripsholm“ hat der Norddeutsche Lloyd mit diesem von Schweden gekauften Schiff nach 15jähriger Pause den Passagierverkehr zwischen der Bundesrepublik und Nordamerika wieder neu aufgebaut. Die „Gripsholm“ hat in den vergangenen elf Monaten 16633 Fahrgäste in beiden Richtungen über den Nordatlantik befördert. Diese Leistung ist ein wesentlicher Teil auf dem mühevollen Weg des Wiederaufbaues des einstmaligen weltumspannenden Passagierdienstes der Bremer Reederei.

Kilometerstein als Mahnung

Bremen (Eigenmeldung). Der erste Berliner Meilenstein Norddeutschlands ist am Zentral-Omnibusbahnhof Bremen-Vege-sack vom Berliner Regierenden Bürgermeister Dr. Schreiber enthüllt und vom Bremer Senatspräsidenten in die Obhut der Stadt Bremen übernommen worden.

Dr. Schreiber erklärte, der Berliner Meilenstein solle zum Ausdruck bringen, daß der Weg zur Einheit Deutschlands in Freiheit über Berlin führe. Der Meilenstein zeigt das Berliner Wappen, die Aufschrift „Berlin“

und die Kilometerzahl 411, die Entfernung zwischen den beiden Städten.

5,5 Millionen

Berlin (DPA). Etwa 5,5 Millionen Personen haben 1954 den Interzonen-Kontrollpunkt Helmstedt passiert. Das sind etwa 2,6 Millionen mehr als 1953.

Auf Vorkriegsstand

Düsseldorf (AP). Mit 1,25 Millionen Wohnungen ist im Ruhrkohlenbezirk der Vorkriegsstand wieder erreicht worden.

Milch und Wein für Adenauer Gratulationscour zum 79. Geburtstag des Kanzlers

Bonn (AP/DPA). Der 79. Geburtstag des Bundeskanzlers Dr. Adenauer ist in Bonn mit mehreren Empfängen festlich begangen worden. Strahlend und bei bester Gesundheit nahm der Kanzler die Glückwünsche der zahlreichen Gratulanten entgegen.

Trotz Hagelwetter und Glatt-eis erschien er pünktlich um 9.30 Uhr im Palais Schaumburg, wo er zuerst vom Hauspersonal begrüßt wurde. Ein Musikzug des Bundesgrenzschutzes brachte ihm ein Ständchen dar. Zu den ersten Gratulanten gehörten eine Gruppe von Waisenkindern aus Bonn und die fünf Enkelkinder Adenauers.

Im Mittelpunkt der Geburtstagsfeierlichkeiten stand die Gratulationscour. Das Bundeskabinett, das Diplomatische Korps, die Präsidenten von Bundestag und Bundesrat, der Kölner Erzbischof Kardinal Frings, die Fraktionsvorsitzenden der Regierungsparteien, Vertreter der Opposition, der Wirtschaft, der Gewerkschaften und der Presse beglückwünschten Adenauer und überreichten Geschenke.

Die Geschenke reichten von nahrhaften Erzeugnissen der deutschen Landwirtschaft über praktische Gebrauchsgegenstände bis zu wertvollen Kunstwerken. Auf die von der deutschen Landwirtschaft geschenkte Milch zeigend, meinte Adenauer schmunzelnd: „Neben der Milch werde ich aber auch noch eine gute Flasche Wein trinken.“ Die Geschenke der Milch- und Geflügelwirtschaft, fast eine ganze Wagenladung voll, werden vor allem den Bonner Wai-

senkindern zugute kommen.

Der Strom der Geburtstagsgaben war unübersehbar. Die großen und kleinen Blumensträuße und seltene tropische Blüten konnten kaum untergebracht werden. Die Opposition übersandte einen Strauß von 35 roten Nelken. Von der CDU erhielt der Kanzler eine chinesische Vase. Die Gattin des FDP-Vorsitzenden, Frau Deh-

ler, überreichte selbstgebackene „Pischinger Törtchen“. Der Fraktionsvorstand der CDU hat außerdem eine Kiste erlesener Weine zusammenstellen lassen. Das gleiche hatten die in Bonn akkreditierten Journalisten und das Land Nordrhein-Westfalen als Geburtstagsgabe gewählt.

Der britische Premierminister Churchill und Außenminister Eden sowie der italienische Ministerpräsident Scelba haben in Botschaften herzlich zum Geburtstag des deutschen Regierungschefs gratuliert. Die Wünsche des französischen Ministerpräsidenten Mendès - France überbrachte der stellvertretende französische Kabinettschef, Sou-tou.

Er bat nicht um Asyl

Engländer lehnte alle östlichen Angebote ab

Berlin (DPA). Der britische Staatsangehörige Jackson, der Berichten der Sowjetzonenpresse zufolge in Ostberlin um Asyl nachgesucht haben soll, ist nach einer britischen Mitteilung bereits am 5. Januar nach Westberlin gekommen und inzwischen nach England zurückgekehrt.

Er hatte Ende November wesentlich die Zonengrenze in der Nähe von Helmstedt überschritten und wurde von sowjetischen Stellen zurückgehalten. Ein Angebot, in der Sowjetzone zu bleiben, sei von ihm strikt abgelehnt worden.

Zwei Amerikaner freigelassen

Berlin (AP/DPA). Zwei Amerikaner, die jahrelang von den Sowjets festgehalten worden waren, sind jetzt den US-Be-

hörden in Berlin übergeben worden. Es handelt sich um den 31-jährigen Noble und den 38-jährigen Soldaten Marchuk.

Die beiden Freigelassenen wurden von amerikanischen Verbindungsoffizieren aus dem sowjetischen Hauptquartier in Karlsruhorst abgeholt.

Gegen Marchuk, der sich von seiner in Berlin stationierten Einheit unerlaubt entfernt hatte, wird wahrscheinlich ein Militärgerichtsverfahren eröffnet. Noble war 1938 aus den USA mit seinen Eltern nach Dresden gekommen, wo sein Vater eine kleine Fotofabrik eröffnete. Nach Kriegsende wurden Vater und Sohn von den Sowjets in sowjetzonale Konzentrationslager gesteckt. Im Juni 1952 entließ man den Vater, der nach den USA zurückkehrte. Der Sohn hingegen wurde in das Zwangsarbeitslager Workuta in Sibirien verschleppt, wo sich auch der Soldat Marchuk befand.

Im neuen Haus

Das Bischöfliche Ordinariat des Bistums Berlin ist in das Sankt-Otto-Haus in der Wundtstraße gezogen. Nachdem Bischof Wilhelm Weskamm und Generalvikar Monsignore Puchowski dem aus den Trümmern der früheren Sozialen Frauenschule des Katholischen Frauenbundes erstandenen neuen Bau den kirchlichen Segen erteilt hatten, übergab Architekt Remmert das Gebäude in die Obhut des Bischofs.

Moskau propagiert Kinderreichtum

Moskau (DPA). Der erste sowjetische Parteisekretär, Kruschtschew, forderte im Moskauer Bolschoj-Theater zu Familiengründungen auf.

Kruschtschew sprach vor jungen Menschen, die sich zur Urbarmachung und Bebauung von Neuland in Sibirien und Kasachstan gemeldet haben. Er erklärte ihnen, sie könnten diese Gebiete nicht in ein oder zwei Jahren wieder verlassen, und es sei wünschenswert, „daß ihr dort heiratet“. Der KP-Chef ermunterte zum Kinderreichtum und sagte: „Wenn wir unseren

200 Millionen Einwohnern noch 100 hinzufügten, wären es noch zu wenig. Je mehr Menschen wir haben, um so stärker ist unser Staat. Wer eine Familie gründet, ist ein guter Bürger.“

Kruschtschew wandte sich gegen Kritik an der Besteuerung von Junggesellen und kinderlosen Ehepaaren oder Ehepaaren mit wenig Kindern. Diese Steuer, sagte er, müsse nicht vom Blickpunkt des Durchschnittsbürgers, sondern unter dem Gesichtspunkt des Staates gesehen werden.

Verteidigen und verhandeln!

Präsident Eisenhowers neues Programm

Washington (DPA/AP). Die Erhaltung der militärischen und wirtschaftlichen Stärke der USA und den Versuch, die Sicherung des Friedens auf dem Wege von Verhandlungen zu erreichen, forderte der amerikanische Präsident Eisenhower in seiner Kongreß-Botschaft, die das diesjährige Regierungsprogramm darstellt, über die „Lage der Union“. Er bezeichnete den wirtschaftlichen Ausblick als gut.

Den Dienst am Weltfrieden durch Verhandlungsbereitschaft verbunden mit der militärischen Fähigkeit zum vernichtenden Gegenschlag erklärte Eisenhower zum bleibenden Ziel der amerikanischen Weltpolitik.

Amerika müsse in festgefügtter Gemeinschaft mit seinen Verbündeten darauf bedacht sein, dem umfangreichen Militärapparat und dem militärischen Ehrgeiz des Ostblocks, der auch über ein wachsendes Potential atomarer Waffen verfüge, so viel militärische und wirtschaftliche Stärke entgegenzusetzen, daß er mit Rücksicht auf die Fähigkeit der freien Welt, vernichtet zurückzuschlagen, ein kriegerisches Abenteuer nicht wagen würde.

Gegen „Koexistenz in der Furcht“

Botschaft Papst Pius' XII.

Vatikanstadt (DPA/KNA). Mit Nachdruck verurteilt Papst Pius XII. in seiner am Montag veröffentlichten Weihnachtsbotschaft, deren Fertigstellung sich wegen seines schlechten Gesundheitszustandes verzögerte, den Zustand des „kalten Krieges“ und des „kalten Friedens“. Eingehend behandelt der Papst den Begriff der Koexistenz, bei dem er drei Formen unterscheidet: die Koexistenz in der Furcht, die in der Täuschung und die in der Wahrheit.

Der gegenwärtige Zustand sei eine Koexistenz in der Furcht vor dem Krieg, die abzulehnen sei. Ebenso lehnt Pius XII. die Koexistenz in der Täuschung ab, die u. a. von der Wirtschaft die Lösung des Friedensproblems erwarte. Möglich sei nur eine Koexistenz in der Wahrheit. Ihre Grundlage müsse geistig-sittlicher Natur sein.

Aus diesem Grunde, so sagte Eisenhower, müßten die USA bis zur Verwirklichung der über die Vereinten Nationen weiter anzustrebenden Einigung über Abrüstung und Atomwaffenbegrenzung „unseren Bestand an nuklearen Waffen verbessern und vermehren“. Der Präsident erwähnte, daß die USA zwei Drittel der Staatsausgaben für die Sicherheit aufwendeten.

Teilung keine Verhandlungsbasis

Energische Erklärung aus London

London (DPA). Verhandlungen über einen europäischen Sicherheitspakt auf der Grundlage einer dauernden Teilung Deutschlands und Europas wurden in London als undenkbar bezeichnet. Sie würden, so wurde mitgeteilt, allen bisherigen Erklärungen widersprechen, die von verantwortlicher britischer Seite abgegeben worden seien.

Es sei die feste Auffassung der britischen Politik, daß die Wiedervereinigung Deutsch-

Sperrbezirke für Sowjets

Washington (AP). Die amerikanische Regierung hat 27 Prozent der Fläche der USA zum Sperrgebiet für alle Sowjetbürger erklärt.

Damit ergriff sie eine Vergeltungsmaßnahme gegen die Reisebeschränkungen, die den amerikanischen Bürgern in der Sowjetunion bereits seit Jahren auferlegt worden sind. Die Errichtung der Sperrbezirke wurde vom US-Außenministerium bekanntgegeben.

lands das Ziel sei, das angestrebt werden müsse. Die Hinnahme der Teilung Deutschlands könne nicht zum Ausgangspunkt politischer Verhandlungen gemacht werden. Dieser Standpunkt sei stets von der britischen Politik vertreten worden.

Mendès-France trifft Adenauer

Bonn (Eigenmeldung). Es gilt als sicher, daß Bundeskanzler Dr. Adenauer und der französische Ministerpräsident Mendès-France in Kürze zusammen treffen werden, voraussichtlich in Baden-Baden. Die Zusammenkunft wird wahrscheinlich einen Tag dauern und einer gründlichen Prüfung des deutsch-französischen Verhältnisses dienen.

Den Hauptpunkt dürfte die Saarfrage bilden. Aber auch der Wunsch des französischen Kabinettschefs, einen gemeinsamen Rüstungspool der westeuropäischen Union zu errichten, dürfte eine beträchtliche Rolle spielen. Bisher besteht auf deutscher Seite wenig Neigung, hierauf einzugehen.

„Aussetzung“

Die „Aussetzung“ der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion hat die irakische Regierung beschlossen.

Verschleppte kehrten heim

Göttingen (AP). Im Grenzdurchgangslager Friedland sind die ersten zwölf Rußlandheimkehrer dieses Jahres eingetroffen. Es handelt sich um Männer, Frauen und Kinder, die während des Vormarsches von den Sowjets festgenommen und in die UdSSR verschleppt worden waren.

Größte Spendenaktion

Bremen (DPA). Die in diesem Jahr zu erwartenden amerikanischen Liebesgabenaktionen werden voraussichtlich den bisher größten Umfang seit Kriegsende erreichen. Seit 1945 wurden über 150 000 t Lebensmittel aus den USA in Deutschland verteilt.

Der Stalinstil ist nicht mehr linientreu

Kruschtschew donnert — Neue Sachlichkeit auf Staatsbefehl

„Unsere führenden Architekten betonen immer die künstlerische Seite und sprechen nur wenig von der Wirtschaftlichkeit und der Bequemlichkeit der Wohnhäuser. Wir werden gegen ein solches Loslösen der Architektur von den wesentlichen Aufgaben des Bauschaffens ankämpfen.“ Mit diesen dürren und harten Worten sprach der zweite Mann der Sowjetunion, Kruschtschew, Stellvertreter Malenkows und erster Sekretär des Zentralkomitees der Bolschewistischen Partei, das Todesurteil über den berühmten Stalinstil.

Stalinstil, das ist jener bombastische Neoklassizismus, der stillos und unorganisch nebeneinander alle Bauformen der Griechen, der Renaissance, des Barocks verwendet — wobei eine „Stalinallee“ herauskommt.

Im Dezember fand in Moskau eine große Tagung von 2200 Architekten aus der ganzen Sowjetunion statt. Ministerpräsident Malenkow selbst war während der ganzen Tagung anwesend, hörte sich alle Redner an, und sein Stellvertreter Kruschtschew wusch ihnen nach Strich und Faden gewaltig den Kopf. Was war der Grund?

Keine Wohnungen

Die russische Bevölkerung von Minsk bis Wladiwostok murrte seit langem, daß trotz der bombastischen Aufbauworte des sowjetischen Regimes die Wohnungsnot immer schlimmer wird. Kruschtschew hat in überraschender Weise die Katze aus dem Sack gelassen und zum ersten Male in der Sowjetgeschichte offenbar einigermaßen vollständige und ehrliche Ziffern über die Bautätigkeit genannt.

Seit Kriegsende sind in den Städten und Industriesiedlungen der Sowjetunion Wohnungen mit 200 Millionen Quadratmeter Wohnfläche gebaut worden. Das sind bei angegebenen 50 Quadratmeter je Wohnung insgesamt 4 Millionen Wohnungen in neun Jahren. Im Jahresdurchschnitt seit 1946 sind das 450 000 Wohnungen.

Da rund 80 Millionen Russen in Städten und Industriesiedlungen wohnen (44 Prozent von 200 Millionen), ist die Wohnungsbauleistung in der Sowjetunion nur etwas über halb so groß wie die der Bundesrepublik.

Im letzten Jahre ist man offenbar auf 600 000 Stadtwohn-

nungen gelangt. Sollte das schon die Folge der Maßnahme Malenkows sein, daß er schon kurz nach Stalins Tod eine Anzahl zu dessen Lebzeiten gewaltig propagierten Großbauten von Riesenkanälen, sibirischen Binnenmeeren usw. kurzerhand fallenließ, nicht zuletzt deswegen, weil der Unwille des Volkes auch über den Wohnungsmangel wächst?

„Palastcharakter“

Gewaltig donnerte Kruschtschew gegen den überladenen Stil der „Säulchen, Türmchen, Väschen, gegen den Stuck und die Verschwendung in kitschigem „Schmuck“. Hören wir ihn: „In der Siedlung Watutinki bei Moskau entfallen in einer neu erbauten Kindertagesstätte je Kind 91,9 Kubikmeter unbauter Raum anstatt der Norm von 24 Kubikmeter. Das Gebäude ist mit Stuckverzierungen überladen. Die Front hat einen „Palastcharakter“. „Mit den Mitteln hätten drei Tagesstätten gebaut werden können!“

Für den Wohnungsbau hat Kruschtschew ausgerechnet, daß die „palastartigen Verzierungen“ die Baukosten um 24 Prozent verteuert haben!

Darum ist er in vollem Rückmarsch zu den bisher verschrienen „Konstruktivisten und Formalisten“, d. h. den Architekten, die der Echo-Lakai

Ulbricht noch vor kurzem die kapitalistischen „Zigarrenkisten-Architekten“ nannte. Doch hören wir abermals Kruschtschew: „Einige Architekten versuchen ihre falschen Thesen und mangelhaften Entwürfe mit der Notwendigkeit des Kampfes gegen den „Konstruktivismus“ zu entschuldigen, aber unter diesem Deckmantel werden staatliche Mittel verschwendet...“

Und an anderer Stelle findet sich ein für das kommunistische System und seine wirtschaftlichen Mißerfolge bei der menschenswürdigen Versorgung der Menschen mit Verbrauchsgütern und Wohnraum höchst aufschlußreicher Satz. Kruschtschew sagt offen: „Bis vor kurzem sind die Entwürfe für die Planung der Städte der ganzen Sowjetunion der Zentralregierung in Moskau zur Bestätigung vorgelegt worden. Bei dieser Handhabung hat sich die Bestätigung der Entwürfe jahrelang hinausgezogen.“

Der Mangel an Selbstverantwortung, an Selbständigkeit, an Freiheit, an Möglichkeit zur Eigeninitiative ohne die Obrigkeit wegen „jeden Drecks“ zu fragen, das ist der Krebsbissen des Sowjetsystems. Auch beim Bauen zeigte es sich. Da die Sowjetunion seit Kriegsende 900 Milliarden Rubel gleich rd. 450 Milliarden Mark für Investitionsbauten aller Art ausgegeben hat, wovon die Wohnungen einen nur allzu kleinen Teil ausmachen, ist zu erkennen, daß nicht der Mensch und seine Bedürfnisse, sondern der Machtwille der Machthaber die Sowjetunion beherrschen.

Moskau verschweigt Unglück

Berlin (AP). Ein viermotoriges Passagierflugzeug der sowjetischen Fluggesellschaft „Aeroflot“ ist laut Informationen des Untersuchungsausschusses freierwilliger Juristen am 29. Dezember an einem noch unbekanntem Ort zwischen Moskau und Berlin abgestürzt. Sämtliche Insassen der Maschine kamen ums Leben.

Unter ihnen befanden sich auch die 15 Mitglieder einer sowjetzonalen Delegation von Kulturschaffenden, die nach ihrem Aufenthalt in der Sowjetunion auf dem Rückweg nach Ostberlin waren.

Das Unglück wurde streng geheimgehalten. Lediglich die Angehörigen der Opfer erhielten eine Mitteilung.

Kostspielige Staatsläden

SED möchte einsparen — Unrentabler Apparat

Rund 800 Ostberliner HO-Geschäfte und einige tausend in der Zone sind — nach eigener Angabe der HO — heute unrentabel. In der Mehrzahl wurden sie Besitzern enteignet, die aus dem Laden etwas gemacht hatten, was man im Volksmund als „Goldgrube“ zu bezeichnen pflegt. Dabei hat die HO den unzweifelhaften Vorteil, daß sie für den normalen Verkauf gesperrte Ware führt, also eine absolute Monopolstellung hat.

Die Gründe liegen auf der Hand: Der Milchladen z. B., der einem Herrn XYZ gehörte, ist heute ein HO-Lebensmittelgeschäft mit einem Geschäftsführer, einem stellvertretenden Geschäftsführer, einem Buchhalter, einem Lagerverwalter, einem Hilfsarbeiter und vier Verkäuferinnen in zwei Schichten. Zur Kontrolle dieses und acht weiterer Geschäfte existiert noch einmal ein gesondertes Zweigbüro mit sechs kaufmännischen Angestellten.

Jeder Verkauf einer Fischkonserve ist sozusagen eine sakrale Handlung. Er wird vielfach registriert, umgebucht, kontrolliert und abgeschrieben. Die Filiale liegt in ständigem Streit mit der Hauptverwaltung, weil diese ihr Dinge schickt, die man beim besten Willen nicht absetzen kann.

Die Kundschaft aber, die mit Herrn XYZ zufrieden war, schimpft auf den HO-Laden. Viel Ware bleibt liegen, verdirbt. Die Unkosten wachsen der HO über den Kopf.

1955 will die SED einsparen. Konsum und HO sollen ihr Per-

sonal verringern. Aber wo fangen sie damit an?

Man hat ausgerechnet, daß ein HO-Kiosk im Monat 3000 DM reine Unkosten hat. Das HO-Warenhaus am Alexanderplatz arbeitet mit einem Monatsdefizit von 27 000 DM! Wenn der Staat an den HO-Waren durch Überpreise nicht so hoch verdiente, könnte er diesen Betrieb keine sechs Monate aufrechterhalten. Man nehme eine westdeutsche Konserve. Sie kostet für die HO im Interzonenhandel 40 Ostpfennig. Im HO-Laden wird sie für 2,40 DM verkauft. Ehe sie aber in den HO-Laden kommt, kostet sie die Staatliche Handelsorganisation bereits rund 1,10 Mark. Der Reingewinn liegt

schließlich nach erfolgtem Verkauf bei einer Mark. Das aber ist das mindeste, was der Staat aus dem Geschäft erwartet. Niedriger kann die HO mit ihrem Preis deshalb nicht gehen.

Das mag unglaublich klingen, aber jeder Eingeweihte wird es bestätigen. Mindestens 90 Prozent der allgemein erhältlichen HO-Waren könnten 30 bis 50 Prozent billiger verkauft werden, ohne den staatlichen Gewinn zu schmälern, wenn es gelänge, den langwierigen, unrentablen Handelsapparat abzubauen.

Weil die HO für den Staat einfach zu teuer ist, besteht die Tendenz, 1955 möglichst wenig private Handelsleute zu enteignen. Viel lieber sieht es der Staat, wenn diese Handelsleute HO-Ware „in Kommission“ nehmen — das kommt billiger.

Religiöse Eltern am Pranger

Fortsetzung der Gottlosenpropaganda

Der sowjetische Feldzug gegen den Glauben geht weiter. Das vom Parteisekretär Kruschtschew unterzeichnete Dekret des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei „über Irrtümer bei der Durchführung wissenschaftlich-atheistischer Propaganda unter der Bevölkerung“ hinderte die sowjetische Presse keineswegs daran, in den letzten Tagen weitere Berichte über die im ganzen Land auf breiter Grundlage geführte atheistische Kampagne zu veröffentlichen.

Damit werden auch optimistische Deutungen widerlegt, als habe es sich bei Kruschtschews Edikt um eine grundsätzlich neue kommunistische

Politik gegenüber den Kirchen und der Religion gehandelt.

In einem Artikel im „Moskauer Abend“ wird vielmehr in Auslegung dieser letzten Parteilanweisung ausdrücklich festgestellt: „In dem Edikt wird betont, daß die Korrektur von Irrtümern, die bei der anti-religiösen Propaganda begangen wurden, nicht etwa zu einem Nachlassen dieser Propaganda führen darf. Ihr Ziel ist die Befreiung der Gläubigen vom Einfluß religiöser Vorurteile.“

Nach diesem eindeutigen Kommentar schildert ein im „Moskauer Abend“ berichtender Sekretär einer großen kommunistischen Betriebsorganisation, wie man die atheistischen Agitatoren neuerlich überprüft habe.

Hierbei wurde vor allem gegen den Besuch der Kirchen, die religiöse Eheschließung und die Taufe von Kindern Stellung genommen. Es finden Betriebsversammlungen statt, bei denen, wie berichtet, Mütter und Väter von den Agitationssprechern öffentlich zur Rede gestellt werden, falls sie sich derartiger Vergehen, genannt „Überreste des Aberglaubens“, schuldig gemacht haben. Diese „Aufklärung“, teilt der „Moskauer Abend“ weiter mit, hat meist Erfolg.

Neue US-Hilfesendung

Die Liga der Rotkreuzgesellschaften in Genf hat mitgeteilt, daß die zweite große amerikanische Hilfesendung an Futtergerste für die Hochwasserschädigten in der Sowjetzone in den Kreisen Schwerin und Kottbus verteilt wird.

Flucht vor der Vopo

Berlin (Eigenmeldung). In steigendem Maße werden in Westberlin jugendliche Sowjetzonenflüchtlinge registriert, die

sich der Einberufung zu der neuen Sowjetzonenarmee entziehen wollen.

„Schwarzer Wolf“

Wien (AP). Ein polnisches Militärgericht in Gleiwitz hat sieben Angehörige einer Widerstandsbewegung zu Freiheitsstrafen von acht bis 15 Jahren verurteilt. Die Widerstandsbewegung führte den Namen „Schwarzer Wolf“.

Erstarrte Kunst

Sowjetische Graphik in Ostberlin

Eine repräsentative Schau stellen die im „Haus der Deutschen Sowjetischen Freundschaft“ ausgestellten Graphiken dar. Von den über 400 Beispielen ist ungefähr abzulesen, was man unter sozialistischem Realismus versteht und wohin man bestenfalls gelangt, wenn man diese „Methode des künstlerischen Schaffens“ ausschließlich anwendet.

Es befinden sich unter den Ausstellern nur Graphiker, die man in Rußland als hervorragende Vertreter ihres Faches ansieht, in der Mehrzahl Mitglieder der Akademie, „Ver-

Freunde in der SBZ, die unsere Aufklärungsarbeit unterstützen und ihre Meinung über den Inhalt äußern wollen, bitten wir, den Fundort dieses Blattes an das Postschließfach Nr. 58 nach Berlin-Charlottenburg 9 mitzuteilen.

diente Künstler“ und Stalinpreisträger. Sie haben auch wirklich Könnerschaft. Aber ihr gelenktes Können führte nicht eigentlich zu einer lebendigen Kunst. Es fehlt die schöne Ursprünglichkeit des Schaffens. Es ist nicht zu erleben, daß einmal ein Temperament herrlich ausbricht, daß einer das Gewohnte über den Haufen wirft. Man spricht im Osten verächtlich von formalistischen Experimenten, aber im Grunde ist diese Art Kunst erst recht formalistisch, denn sie steht im Zeichen der Erstarrung.

Der Gesamtcharakter der Ausstellungsstücke weist ungefähr auf die Zeit der achtziger Jahre, ja noch weiter wird man zurückgehen können, etwa bis Kaulbach. Viele der hochgestellten Kunstprofessoren sind ja auch noch in der Zarenzeit aufgewachsen, und was sie damals empfangen, das geben sie den Jüngeren weiter.

Genre-Malerei, freundlich geglätteter Realismus, wie er bei

uns um die Jahrhundertwende in den illustrierten Zeitschriften gebräuchlich war, zeigen Ponomarjows Impressionen aus der Kumpelarbeit in Donezbecken. Es muß, nach diesen Bildern zu schließen, ein reines Vergnügen sein, dort unter Tage zu arbeiten.

Einen großen Teil der Ausstellung füllen Illustrationen der Weltromane, etwa der „To-

ten Seelen“ Gogols, des Don Quichotte, der Erzählungen Gorkis, dann vor allem der russischen Märchen. Da regt sich manchmal ein bescheidener Humor. Aber nirgendwo ist flirrende Grazie und gesteigerte Ausdruckskraft. Alles muß seinen genauen, der Wirklichkeit fotografisch getreu nachgezeichneten Umriß haben.

Auch die sogenannte satirische Zeichenkunst ist nicht sonderlich aufregend. Derlei ist fürchterlich plump und muß mit einer sehr primitiven Urteilskraft rechnen. Die Freiheitsstatue New Yorks wird mit tränenden Augen dargestellt. Ach, wer könnte es darstellen, wieviel Tränen es um die Freiheit zu trinken gibt!

Busch-Expedition ohne Drehbuch

Berliner Fernsehreporter fahren nach Australien

Die erste Fernseh- und Rundfunk-Expedition eines europäischen Fernsehsenders nach Australien wird am 14. Januar von zwei Berlinern gestartet: Der Reporter Günther Piecho und der Kameramann Franz Fiebrig vom Sender Freies Berlin werden mit dem 14 000-BRT-Schiff „Seven Seas“ von Bremerhaven aus nach Ost-Australien fahren.

3000 Meter Schmalfilm, die einer Normalfilmlänge von 7500 Meter oder fünf abendfüllenden Filmen entsprechen, sollen aufgenommen werden. Dazu kommen Magnetofonbänder für etwa 300 Sendeminuten.

Anzug ohne Flecken

Im Frühjahr sollen die ersten Anzug- und Kleiderstoffe aus der neuen vollsynthetischen Faser Terylene (auf Erdölbasis) auf den deutschen Markt kommen, die als federleicht und

unempfindlich gegen Flecken bezeichnet werden.

Auf einer Modenschau in Krefeld wurden die neuen Stoffe vorgeführt. Bei einem Metergewicht von 270 Gramm (etwa die Hälfte des Gewichts anderer Faserstoffe) würde ein konfektionierter Herrenanzug 180 bis 200 DM kosten.

Aus den Stoffen der Terylene-Faser können selbst Rotwein-, Kopierstift- und große Tintenflecke mit kaltem Wasser ausgewaschen werden.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerikahaus am Nollendorfplatz gezeigt.

Täglich ab 13 Uhr in stünd-

licher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr. Sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

Verleger: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Charlottenburg 9, Reichsstr. 4. Tel. 920231. Druck: W. Büxenstein, GmbH.